

# Ungebrochene Vasallentreue

Vor 60 Jahren entließen die USA ihre einzige Kolonie in Asien in die »Unabhängigkeit«

**Unterdrückung, Revolten und bewaffneter Widerstand sind eine Konstante in der philippinischen Geschichte. Das war so während der annähernd 350-jährigen Kolonialzeit unter den Spaniern, die 1898 endete. Und das war so in dem halben Jahrhundert der darauf folgenden US-amerikanischen Herrschaft.**

**Rainer Werning**

Vor 60 Jahren, am 4. Juli 1946, entstand zwar die Republik der Philippinen. Doch Washington wahrte seinen Einfluss auf dem Archipel auch in den vergangenen sechs Jahrzehnten – mit Unterstützung einer US-freundlichen philippinischen Elite.

## »Wohlwollende Assimilierung«

»Geradewegs hinter den Philippinen liegen Chinas schier unermesslichen Märkte. Wir werden unseren Teil in der Mission unserer von Gott geschützten Rasse bei der Zivilisierung der Erde beitragen. Wo werden wir die Abnehmer unserer Produkte finden? Die Philippinen geben uns einen Stützpunkt am Tor zum Osten.«

**der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammende republikanische Senator Albert Jeremiah Beveridge am 9. Januar 1900 in einer Rede vor dem US-Kongress**

Bis Ende des 19. Jahrhunderts waren amerikanische Siedler bis an die Westküste vorgedrungen. Seit etwa 1890 wurde es laut um den Stillen Ozean. Die Weite dieses größten Weltmeeres beflügelte weit-schweifende, zunehmend hitzigere Debatten: Sollten die Amerikaner dieses Meer – mit Berufung auf den Herrn – zur amerikanischen See machen? Diese Streitfrage spaltete die Vereinigten Staaten in so genannte »Isolationisten« und »Interventionisten« oder auch »Imperialisten«. Erstere meinten, die USA genügten sich selbst und ihr Territorium stelle einen ausreichend großen Binnenmarkt dar. Glühende Im-

perialisten wie Senator Beveridge interessierte nicht, dass der philippinische General und damalige Revolutionär Emilio Aguinaldo bereits am 12. Juni 1898 die erste Republik in Asien ausgerufen hatte.

Die Fernostflotte der U.S. Navy hatte zwar am 1. Mai 1898 die maroden spanischen Kriegsschiffe in der Manila-Bucht außer Gefecht gesetzt. Doch erst Ende Juni betraten US-amerikanische GIs philippinischen Boden – faktisch ein unabhängiges Land – und verleibten sich die Inseln als einzige Kolonie in Asien ein. Verbrämt wurden die eigenen imperialistischen Interessen als *benevolent assimilation*.

Zu dieser »wohlwollenden Assimilierung« gehörte auch, dass die neuen Besatzer das amerikanische Englisch als Amtssprache im Bildungs-, Geschäfts- und Verwaltungsbereich durchsetzten und willfährigen Filipinos das Studium in den USA ermöglichten. Außerdem bauten die US-Militärs riesige Militärstützpunkte auf und schufen unter dem Befehl des amerikanischen Generals Arthur MacArthur eine philippinische Armee. Die allerdings musste sich damit begnügen, für die US-Streitmacht im Lande Hilfsdienste als Späher, Träger oder Informanten zu leisten.

Die Kehrseite der »wohlwollenden Assimilierung« bildete die systematische »Befriedung« der Inseln. Denn die Filipinos leisteten den neuen Kolonialherren erbittert Widerstand, der im Süden, auf der Insel Mindanao und in der Sulu-See, sogar bis 1916 andauerte. Die dort lebende Bevölkerung war vorwiegend muslimisch und von den Spaniern abschätzig »Moros« genannt worden. »Es wird notwendig sein«, hieß es beispielsweise im Jahresbericht 1903 des US-Divisionskommandeurs Generalmajor George W. Davis, »nahezu sämtliche Bräuche auszumerzen, welche bislang das Leben der Moros auszeichneten. Solange der Mohammedanismus vorherrscht, kann der angelsächsischen Zivilisation nur mühsam der Weg geebnet werden.« In dem bis dahin größten Kolonialmasaker in Südostasien wurde die damals etwa

Der Autor ist u.a. Mitherausgeber (zusammen mit Niklas Reese) des im Sommer erschienenen »Handbuch Philippinen – Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur (Unkel/Bad Honnef: Horlemann Verlag).



**Philippinen: Eine kurze Chronologie****1946**

4. Juli: US-Präsident Harry S. Truman erklärt die Unabhängigkeit der Philippinen. Präsident wird Manuel Roxas.

**1947**

Die Philippinen und die USA unterzeichnen das Military Bases Agreement. Es erlaubt den USA, 23 Militärbasen im Lande bis 2046 pachtfrei zu besitzen.

**1953**

Ramon Magsaysay wird mit Unterstützung der CIA Präsident. Verstärkter Kampf gegen die Kommunistische Partei (PKP) und Volksbefreiungsarmee (*Hukbalahap*).

**1954**

Am 8. September formiert sich in Manila die SEATO als südostasiatisches Pendant zur NATO, die am 30. Juni 1977 für obsolet erklärt und aufgelöst wird.

**1961**

Diosdado Macapagal wird Präsident. Sein Deregulierungsprogramm markiert den Beginn exportorientierter Entwicklung und den Einfluss von Weltbank und IWF auf die philippinische Wirtschaftspolitik.

**1965**

Ferdinand E. Marcos gewinnt die Präsidentschaftswahl.

**1968**

Ende Dezember Abspaltung der *Communist Party of the Philippines* (CPP) von der traditionellen PKP.

**1969**

Muslimische Separatisten gründen die *Moro National Liberation Front* (MNLF), während im Frühjahr in Zentralluzon die *New People's Army* (NPA) als militärischer Arm der CPP entsteht. Marcos gewinnt die Wiederwahl.

**1971**

Die hauptsächlich von Studierenden getragene Anti-Marcos-Bewegung *First Quarter Storm* erreicht ihren Höhepunkt.

**1972**

Marcos ruft am 21. September 1972 das Kriegsrecht aus, das formell bis Januar 1981, faktisch bis zu seinem Sturz im Februar 1986 gilt.

**1976**

Im Dezember unterzeichnen Emissäre der Regierung in Manila und der MNLF im libyschen Tripolis ein erstes Abkommen. Es sieht eine Autonomie der mehrheitlich muslimischen Gebiete im Süden der Philippinen vor.

**1983**

Im August wird der Oppositionspolitiker Benigno Aquino Jr. bei seiner Rückkehr aus dem US-Exil auf dem Flughafen von Manila erschossen. Beginn von Massenprotesten.

**1986**

Am 7. Februar finden vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt. Die Opposition spricht von massivem Wahlbetrug und erkennt das Ergebnis nicht an. Mani-

sechs Millionen Menschen zählende Bevölkerung der Philippinen stark dezimiert.

**Japanisches Intermezzo und Guerillakrieg**

Zunächst von einer US-amerikanischen Militärregierung verwaltet, ging Washington später dazu über, an die Spitze der Exekutive einen Gouverneur zu stellen. Die mit begrenzten Befugnissen ausgestattete Legislative Versammlung wurde mit Filipinos besetzt, die im Geiste der Kolonialmacht erzogen worden waren und sich deren Idealen mehr als den sozialen Forderungen ihrer Landsleute nach Land und Reis verpflichtet fühlten. Das Tydings-McDuffie-Gesetz legte 1934 die Grundlage für die Schaffung einer Commonwealth-Regierung, die das Land nach einer Übergangszeit von zehn Jahren in die Unabhängigkeit führen sollte.

Nur wenige Stunden nach dem Überfall auf Pearl Harbor landeten japanische Truppenverbände auch auf den Philippinen. Unter dem Befehl des MacArthur-Sohns Douglas kämpften philippinische und amerikanische Einheiten in den *United States Armed Forces in the Far East* (USAFFE), während die am 29. März 1942 auf Initiative der Kommunistischen Partei gegründete antijapanische Volksbefreiungsarmee (*Hukbalahap* – kurz: Huk) die mit Abstand größte und bedeutendste Guerillaorganisation war. Etwa 30.000 Huk-Kämpfer kontrollierten auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen den größten Teil der nördlichen Insel Luzon. Ihre Ziele: bewaffneter Widerstand gegen die japanischen Besatzer; Kampf für die Unabhängigkeit des Landes und die Umwälzung der extrem ungleichen Landbesitzverhältnisse, mithin die Aufhebung von feudalem Großgrundbesitz.

Derweil diente Dr. Jose P. Laurel unter der japanischen Besatzungsmacht als Präsident einer philippinischen Republik von Tokios Gnaden, die gerade mal ein Viertel des Landes kontrollierte. Laurel, Spross einer Grundbesitzerfamilie aus der südlich von Manila gelegenen Provinz Batangas, war von Haus aus Jurist. Nach seinem Studium an der staatlichen *University of the Philippines* (UP) und *Yale University* wurde er 1925 in den philippinischen Senat gewählt und 1936 zum stellvertretenden Richter am Obersten Gerichtshof des Landes ernannt.

Wie kein anderer politischer Clan auf den Inseln verkörperte Laurel und seine Familie prototypisch bedingungsloses Paktieren mit den jeweils Mächtigen. Unter den Spaniern waren sie zu Ehren gelangt, die US-Amerikaner hofierten sie ebenso ungeniert wie die neuen japanischen Kolonialherren, um danach wiederum ihre Herzen im Takte mit den transpazifischen Siegern schlagen zu lassen. General Douglas MacArthur ließ Laurel aufgrund seiner Kollaboration mit Japan zwar festnehmen und zeitweilig ins Gefängnis sperren. Doch trotz des Laurel zur Last



gelegten Hochverrats und damit verbundener Anklagen in über 130 Fällen, wurde dem Politiker kein Haar gekrümmt. Er musste sich nicht vor einem Gericht verantworten, geriet in den Genuss einer Generalamnestie, um bereits 1951 erneut in den philippinischen Senat einzuziehen.

Groß war das Erstaunen, dass einer der ersten Befehle des USAFFE-Chefs MacArthur nach der verlustreichen Einnahme Manilas im Frühjahr 1945 und noch vor der Kapitulation Japans an die Adresse der Huks gerichtet war, ihre Waffen unverzüglich zu strecken. Im Volksmund galten die USAFFE nunmehr als Diebe und Räuber. Weigerten sich Huk-Kämpfer, ihre Waffen an zugewiesenen Übergabestellen abzugeben, wurden sie als »gesetzlos« gebrandmarkt und entsprechend behandelt. Kein Wunder, dass sich die *Hukbalahap* Ende der 1940er Jahre in Volksbefreiungsarmee (HMB) umbenannte, die nunmehr die Regierung und US-Streitkräfte auf den Inseln bekämpfte. Erst Mitte der 1950er Jahre – nach Jahren erbitterter militärischer Kampfhandlungen, politischer Kooptationen und in Aussicht gestellter Landzuteilungen für Ex-Kombattanten auf der südlichen Insel Mindanao – gelang es der US-amerikanisch-philippinischen »Aufstandsbekämpfung«, der Huk-Guerilla das Rückgrat zu brechen.

#### Kollaboration und Comeback der Eliten

Washington stützte sich auf die neu-alte Elite, um mit ihr nicht nur die Commonwealth-Regierung wieder herzustellen, sondern das Land in eine Unabhängigkeit zu führen, die seine grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen wahrte. Um das durchzusetzen, stützte sich der »Amerikanische Cäsar« MacArthur, wie sein Biograf William Manchester den General nannte, auf vormals lokale pro-japanische Elemente aus Politik und dem Polizeiapparat, auf eingeflogene Experten für Aufstandsbekämpfung und psychologische Kriegführung und schließlich auf ein US-amerikanisch-philippinisches Regelwerk. Das Einbinden pro-japanischer Persönlichkeiten in die Gestaltung der Nachkriegsordnung hatte den Vorteil, dass diese Politiker erpressbar, zumindest manipulierbar waren. Das erklärt beispielsweise die politische Karriere von Manuel Roxas, dem letzten Commonwealth-Präsidenten und ersten Präsidenten der am 4. Juli 1946 unabhängig gewordenen Republik der Philippinen.

Manuel Roxas, vor dem Krieg Politiker und Ex-Brigadegeneral in der Armee, war während der japanischen Okkupation ein hochrangiges Mitglied des Vasallenregimes und sorgte dafür, dass die japanischen Truppen ausreichend mit Reis versorgt wurden. Nach dem Krieg wurde Roxas zunächst zusammen mit zig weiteren Kollaborateuren von US-Militärs gefangen genommen, um aber schon bald

las Erzbischof ruft zu friedlichen Demonstrationen auf. Millionen folgen diesem Aufruf. Am 25. Februar wird Marcos von einem US-Militärflugzeug nach Hawaii ausgeflogen, wo er 1989 stirbt. Corazon »Cory« Aquino, Witwe von Benigno Aquino, wird Präsidentin, wenngleich das Militär zum bestimmenden Machtfaktor avanciert.

#### 1991

Beim Ausbruch des Vulkans Pinatubo wird das U.S. Clark Air Field zerstört, überdies verlängert der philippinische Senat das Stützpunktabkommen von 1947 nicht.

#### 1992

Ex-General Fidel Ramos, Chef der Polizei unter Marcos, wird im Mai zum Präsidenten gewählt.

#### 1996

Am 2. September Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Regierung und MNLF, welcher – zumindest formell – den 24 Jahre währenden Bürgerkrieg im Süden des Archipels beendet.

#### 1998

Der Ex-Schauspieler Joseph Estrada gewinnt die Präsidentschaftswahl mit über 40 Prozent der Stimmen.

#### 2000

Angesichts einer mehrmonatigen Geiselnahme ausländischer Touristen durch die Abu Sayyaf auf der Insel Jolo erklärt Estrada der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) den »totalen Krieg«.

#### 2001

Die Mittelschichten machen Front gegen Estradas Misswirtschaft und Korruption und zwingen ihn im Januar durch Massendemonstrationen aus dem Amt, Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo wird seine Nachfolgerin.

#### 2004

Im Mai wird Frau Arroyo in ihrem Amt bestätigt.

#### 2005

Vorwürfe der Wahlfälschung erschüttern Arroyos Präsidentschaft, die zunehmend auf Sondervollmachten zurückgreift, um einem Amtsenthebungsverfahren zu entgehen.

#### 2006

Am 24. Februar verhängt Präsidentin Arroyo den »nationalen Notstand«, den sie nach einer Woche wieder aufhebt. Morde an politischen Aktivisten nehmen beklemmende Ausmaße an. Ende Juni hebt Arroyo zwar die Todesstrafe per Gesetz auf, verkündet aber gleichzeitig den »totalen Krieg gegen Kommunisten und Terroristen«. Im Rahmen der »Aufstandsbekämpfungsstrategie« *Oplan Bantay Laya* (Freiheitswacht) erhält das Militär zusätzliche Gelder und Vollmachten, während US-Streitkräfte verstärkt im Süden des Landes operieren.

Zusammenstellung: Rainer Werning



auf Anweisung von General MacArthur wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Roxas war so etwas wie der Darling MacArthurs, der das politische Comeback des Zöglings aktiv förderte.

### Verraten und verkauft

»Ich, [Name], schwöre feierlich, den Vereinigten Staaten von Amerika vollauf Vertrauen zu schenken und ihnen Gefolgschaft zu leisten (...) dass ich ihnen ehrenwert und treu gegen alle ihre Feinde dienen werde (...) die Befehle (...) des Präsidenten der Vereinigten Staaten und der mir übergebenen Offiziere befolge (...) und mich gemäß der Richtlinien und Konventionen des Kriegsrechts verhalte«.

Solche und ähnliche Treueide hatte etwa eine Viertel Million Filipinos vor und nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor geleistet und damit ihr Schicksal an das der US-amerikanischen Streitkräfte gekoppelt. Im Gegenzug für diese Loyalität, die US-Präsident Roosevelt eindringlich beschworen hatte, stellte Washington den philippinischen Soldaten nach Kriegsende dieselbe Behandlung wie die

ihrer amerikanischen Waffengefährten in Aussicht.

Doch bereits im Februar 1946 war im US-amerikanischen Kongress ein Gesetz, der *Rescission Act* (Aufhebungsabkommen), verabschiedet und von Präsident Truman unterzeichnet worden, der genau das Gegenteil beinhaltete. Darin hieß es, dass der von Filipinos geleistete (Kriegs-)Dienst »nicht als einer betrachtet wird, der (...) im Militär oder den nationalen Streitkräften der Vereinigten Staaten

oder irgend einer anderen deren Einheiten« erbracht worden sei. Demnach bestünde auch kein Anspruch auf eine Behandlung nach US-amerikanischem Recht, mithin auch nicht die Möglichkeit, in den Genuss etwaiger Sonderbehandlungen oder Vergütungen zu kommen. Nicht nur die Kriegsveteranen wurden betrogen und zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt.

Das ebenfalls von US-Präsident Roosevelt im August 1943 abgegebene Versprechen, die Philippinen in den Genuss einer vollen Entschädigung der angerichteten Kriegsschäden kommen zu lassen, wurde nicht eingehalten. Stattdessen erhitzte die Gemüter in Washington und Manila ein langwieriges politisch-diplomatisches Gerangel um Höhe und Modalitäten der zu leistenden Kriegsreparationen. Zwei US-Amerikaner spielten hier eine Schlüsselrolle – Senator Tydings und der aus Missouri stammende Kongressabgeordnete C. Jasper Bell. Tydings, Koautor des *Tydings-McDuffie Act*, der 1934 den Philippinen binnen eines Jahrzehnts die Unabhängigkeit in Aussicht gestellt hatte, setzte sich im Herbst 1945 im US-amerikanischen Senat für eine Nothilfeleistung in Höhe von ursprünglich 620 Millionen US-Dollar ein, die jedoch unverzüglich um 100 Millionen Dollar abgesenkt wurde.

Darüber hinaus hatte Tydings die Zahlung solcher Leistungen von der Erfüllung bestimmter Auflagen seitens Manilas abhängig gemacht. Dazu zählten die Einrichtung einer Behörde zur Feststellung der Kriegsschäden, die *U.S.-Philippine War Damage Corporation*, sowie die Festschreibung von Gleichheitsklauseln, wonach Amerikaner in den Philippinen dieselben Rechte wie Filipinos in den USA genießen sollten! Dermaßen schleppend und ineffektiv arbeitete diese Behörde, dass erste Zahlungen erst Ende 1946 an Manila flossen und individuelle Ansprüche von philippinischer Seite nicht vor April 1947 berücksichtigt wurden. Als die *War Damage Corporation* 1950 ihren Betrieb einstellte, hatte sie lediglich 388 Millionen US-Dollar an über eine Million private Antragsteller ausgezahlt. Ursprünglich war mit mindestens 1,25 Milliarden Dollar an Reparationszahlungen gerechnet worden. In den Genuss dieser Zahlungen kamen ohnehin nur diejenigen, die die Nähe zum Machtzentrum genossen oder dank Schmiergelder überhaupt erst ins Auswahlverfahren gekommen waren.

Das nach dem US-Kongressabgeordneten Bell benannte Philippinische Handelsgesetz *Bell Trade Act* aus dem Jahre 1946 hatte nicht nur die Empfehlungen von Senator Tydings übernommen. Dieses Gesetz ging noch weit darüber hinaus. Es akzeptierte die *parity rights*, die Gleichheitsklauseln für Amerikaner in den Philippinen, garantierte über einen Zeitraum von acht Jahren den Freihandel mit den USA und band den philippinischen Peso an den Dollar mit der zusätzlichen Auflage, den Wechselkurs nur mit US-amerikanischer Zustimmung ändern zu können.



»Ich sehe, dass die alten Fahnenmasten noch stehen. Hisst die Flaggen hoch und lasst keinen Feind sie je wieder herunterholen.« So wird Douglas MacArthurs Zitat vom 1.3.1945 auch heute noch inszeniert.

Quelle: [www.usembassy.state.gov](http://www.usembassy.state.gov)



Außerdem wurde die Verlängerung des zollfreien Handels bei bestimmten Produkten für weitere 28 Jahre festgelegt. Die wirtschaftliche Hegemonie der USA über die politisch »unabhängig« gewordene Neokolonie Philippinen blieb bestehen – vor allem wegen der Erpressbarkeit der Regierung Roxas. In seine Amtszeit fiel auch die Entscheidung, den USA den Unterhalt und Ausbau von knapp zwei Dutzend militärischer Stützpunkte zu gestatten und ihnen dafür ausreichend Land auf der Basis eines 99 Jahre währenden Pachtvertrags zur Verfügung zu stellen.

### Kriegsrecht und »Antiterrorfeldzug«

Die mit Subic Naval Base und Clark Air Field einst größten US-Militärbasen außerhalb des nordamerikanischen Kontinents zählten während der Hochphase des Vietnamkrieges (1965-75) zu den bedeutendsten logistischen Zentren der Kriegführung. Von dort aus waren Verbände der 7. US-Flotte und Staffeln der US-Luftwaffe pausenlos im Einsatz, um »Vietnam in die Steinzeit zurück zu bomben«, wie es im US-Generalstab hieß. Spätestens zu Beginn der 1970er Jahre zeichnete sich ab, dass die USA den Krieg nicht gewinnen würden. Das nährte in Washington die Befürchtung, nebst Vietnam, Laos und Kambodscha könnten auch andere Länder in der Region wie Dominosteine umfallen und »kommunistisch« werden.

Deshalb unterstützten US-Militärstrategen und -Außenpolitiker ausdrücklich solche Diktatoren wie Suharto (Indonesien) sowie Ferdinand E. Marcos (Philippinen) und Park Chung-Hee (Südkorea), die seit Mitte der 1960er Jahre beziehungsweise seit Herbst 1972 per Kriegsrecht herrschten. US-amerikanische Sicherheitsinteressen und die Unterstützung vertrauter Regime wurden in Washington ausdrücklich höher bewertet als die Wahrung demokratischer Institutionen und der Bürgerrechte. Unvergessen ist der Satz von George W. Bush senior im Sommer 1981, als er, der damals als US-Vizepräsident zur Staatsvisite in Manila weilte, dem gastgebenden Diktator Marcos zutoastete: »Wir schätzen ihr Festhalten am demokratischen Prinzip und an demokratischen Prozessen.«

Zwar wurde der Bush-Freund Marcos vor 20 Jahren gestürzt und von seinen Gönnern nach Hawaii ins Exil ausgeflogen, doch seitdem gelang es keiner Regierung in Manila, aus dem Schatten des einstigen Diktators zu treten. Wie Marcos exekutiert auch die seit Januar 2001 amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo eine im Geist des »Antiterrorfeldzugs« verankerte Politik der »nationalen Sicherheit«.

Allein von Januar 2001 bis Ende Juni 2006, so die lauter werdende Kritik philippinischer Bürgerrechtsgruppen und internationaler Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und Human

Rights Watch, sind 690 Personen<sup>1</sup> aus politisch motivierten Gründen ums Leben, mehr als während der Kriegsrechtsära unter Marcos (1972-86).

Betroffen sind in erster Linie vermeintliche Mitglieder und Sympathisanten der Kommunistischen Partei (CPP) und ihrer Guerilla, der Neuen Volksarmee (NPA), Aktivisten der im Kongress vertretenen linken Gruppierungen *Bayan Muna* (Das Volk zuerst) und *Anakpawis* (wörtlich: Kinder des Schweißes) sowie Bürgerrechtler, Kirchenleute, Gewerkschafter, Arbeiter- und Bauernführer.

Am 23. Juni erklärte Frau Arroyo in ihrer Eigenschaft als Oberkommandierende der Streitkräfte vor Militärs, binnen zwei Jahren werde der »kommunistische Aufruhr« besiegt sein. Somit ist zu befürchten, dass das Morden im Rahmen von »Oplan Bantay Laya«, dem staatlichen Aufstandsbekämpfungsplan »Freiheitswacht«, weiter geht und Aktivisten/innen im Hinterland sowie in den Städten akut gefährdet sind. Offiziere wie Generalmajor Jovito Palparan (mittlerweile im Ruhestand) schwadronierten öffentlich, »mit Aufständischen, Terroristen und Kommunisten kurzen Prozess zu machen«. Das Treiben von Palparan und Co. genoss seit Ende Mai besonderen Rechtsbeistand aus Manila und Washington, da ein zwischen beiden Parteien vereinbarter *Security Engagement Board* über normale militärische Aspekte hinaus auch und gerade »Sonderaufgaben wie die Bekämpfung des Terrorismus« und »die Hilfestellung im Falle von Naturkatastrophen« vorsieht. Vor allem im Süden ihrer einstigen Kolonie wollen die US-Streitkräfte verstärkt Flagge zeigen. Es geht regional um den Schutz der Straße von Malakka (der bedeutendsten Öltankerroute zwischen Malaysia und Singapur) und lokal um die »Befriedung« der CPP-NPA und verschiedener muslimischer Widerstandsgruppen.

### Anmerkungen

- 1) Anmerkung der Redaktion: Die Datenlage zu politischen Morden seit 2001 ist unklar. Während die Menschenrechtsorganisation Karapatan bis November 2006 fast 800 Morde dokumentiert hat, zählt die philippinische Tageszeitung Philippine Daily Inquirer etwa 260.

### Leseempfehlungen

- Johnson, Chalmers (2000): *Blowback – The Costs and Consequences of The American Empire*, New York.
- Manchester, William (1978): *American Caesar*, Boston.
- Staff Report prepared for the use of the U.S. Senate Committee on Foreign Relations, Korea and the Philippines: November 1972, 93rd Cong., 1st sess., Feb. 18, 1973, Washington, DC, pp. 45-46.
- U.S. Dept. of State (1984): *American Foreign Policy: Current Documents*, 1981, Washington, DC, p. 1049.
- Valeriano, Napoleon (1961): *Military Operations*, in: *Counter-Guerrilla Operations in the Philippines 1946-53*, Ft. Bragg, NC: U.S. Army Special Forces Center and School.